

## Über nationalsozialistische Strafgesetzgebung<sup>1</sup>.

Von

Oberstaatsanwalt Dr. Vollmer, Stendal.

Das Referat, das Sie mir anvertrauten, habe ich mir weder als eine Aufzählung des neuen strafrechtlichen Gesetzesgutes, noch als einen nüchternen Überblick über den Stand der sog. großen Strafrechtsreform gedacht. Zu einer auch nur annähernd erschöpfenden Darstellung selbst der echt nationalsozialistisch gedachten Vorarbeiten ist hier weder der Ort noch die Zeit.

Die Kultur, das wieder zielbewußt wachsende Erbgut unseres Volkes, und alle Kulturpflege befinden sich in gewaltiger Neubildung. Die neue Weltanschauung hat den Mut und die Fähigkeit zu neuer artgerechter Wertung und damit zu zielsicherer, klarer Gestaltung. Auch Volk und Staat, Gesetz und Recht werden neu, einfach, sicher und klar gesehen und zueinander in eine zeitgerechte, arteigene, sinnvolle Beziehung gebracht.

Das Volk lehrt man uns als die Entwicklungs- und Schicksalsgemeinschaft aus Blut, Volksboden und Erbgut erkennen, in der sich unser Schicksal erfüllt,

den Staat als die Marsch- und Wehrorganisation auf dem Weg zur völkischen Höherentwicklung unter ziel- und artsicherer und darum berufener Führung.

Dem Volk dient alle Arbeit im Staat, auch die kulturwahrende, kulturordnende und erziehende der Rechtsordnung. Wir dürfen im Gesetz geradezu den verbindlichen Wertungsgrundsatz und zugleich einen Gestaltungsbefehl der Staatsführung sehen. Die Rechtsordnung wird damit ein System solcher feierlicher Führerbefehle, etwa ein kultureller Schlieffenplan. Die Strafgesetzgebung insbesondere erhält Sinn und Ziel in dem großen Werk der neuen Idee am Volkskörper, das mit Entgiftung, Reinigung und Heilung begann und zu Abwehr und Erziehung fortschreitet. Es kann sich heute nur darum handeln, einen kurzen Rundblick in diese neu erstehende Welt zu tun.

Jeder völkische Wert ist ein unverzichtbares Rechtsgut. Aus seiner Unverzichtbarkeit entspringt für den Staat die Pflicht, es zu schützen, für den Rechtsgenossen die Pflicht, es zu achten. Der staatliche Schutz setzt in verschiedener Form ein und in Abstufungen, die sich nach

---

<sup>1</sup> Referat, gehalten auf der 22. Tagung der Deutschen Gesellschaft für gerichtliche und soziale Medizin in Hannover, September 1934.

dem völkischen Wert des unmittelbar bedrohten Einzelrechtsgutes richten.

Der *Erlaß des Schutzbefehls*, der Strafnorm und die Verbreitung im Volke ist bereits die erste Form des Schutzes. Es ist zu wünschen, daß ein sinnvoller Rechtsunterricht in der gesamten Öffentlichkeit diese Form im neuen Staat zur wirksamsten macht.

Die *Strafverhängung* ist die schärfere Form des Schutzes. Sie hält Pflichtwidrigkeiten (Gefährdungen und Verletzungen) nieder. Sie trägt verteidigenden Charakter und wirkt durch die öffentliche Verhängung des Strafübels beispielhaft auf die Rechtsgenossenschaft (Generalprävention), abschreckend auf den Rechtsbrecher, und sühnend im Kreise der Tatbeteiligten.

Die *Sicherungsmaßnahme* ist im Durchschnitt die härteste Form des Rechtsgüterschutzes. Sie trägt Angriffscharakter und dringt auscheidend, heilend oder vorbeugend gegen die Dauerursache der einzelnen Pflichtverletzung vor.

In der Welt der Rechtsgüter hat die neue Weltanschauung eine neue Werteinstufung begonnen, deren Ergebnis sich bereits in großen Zügen abzeichnet. Sie hat die völkischen Güter an ihrem Wert für das Volkstum und sein Aufwärtstreben gemessen. Diese Auffassung ist optimistisch und setzt den Glauben voraus, daß der Volkskörper bei artgerechter Führung ewig und dem Gesetz des Werdens und Vergehens nicht unterworfen ist. Gerade diese Auffassung trägt entscheidend die strafrechtlichen Sofortmaßnahmen und eine ganze Anzahl neu auftauchender Rechtsgedanken.

Das *Volkstum* selbst tritt als wertvollstes Rechtsgut hervor. Schutzwürdig scheint zunächst die *Blutgemeinschaft*. Es wird z. B. vorgeschlagen, die geschlechtliche Mischung mit schädlichem Blut als Rasseverrat, die Schmähung des Rassengedankens, den anstößigen Verkehr mit Angehörigen farbiger Rassen als Verletzung der Rassenehre zu strafen.

Der *Blutbestand* (Volksgesundheit und Volksbestand) soll einen feingegliederten Strafschutz erfahren. Es ist im einzelnen zweifelhaft, welche Strafnormen hier ihren Platz finden werden. Es wird aber sicher auf die begeisterte Zustimmung der Ärzteschaft stoßen, wenn neben einem allgemeinen Verbot, gewissenlos eine unmittelbare Gefahr für die Volksgesundheit herbeizuführen, ein weitgespannter strafrechtlicher Seuchenschutz, Nahrungsmittelschutz und Schutz gegen die Verpestung von Wasser und Luft treten soll. An hervorragender Stelle werden Maßnahmen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten stehen. Gift- und Rauschgiftwesen sollen starke strafrechtliche Sicherungen erhalten. Dem Auswanderungsbetrug und dem Frauenhandel wird man sicherlich mit bisher nicht vorstellbarer Schärfe zu Leibe gehen. Sprengstoff- und Waffenwesen dürften eine einheitliche strenge Regelung

erhalten, wobei in manchen Vorschlägen auf die überaus strenge englische Regelung verwiesen wird; es werden dabei die Gesichtspunkte der Volkssicherheit mit der natürlichen und gesunden Freude an der Waffe in Einklang zu bringen sein. Dem Rassenvermischungsverbot entsprechend werden Schutzvorschriften gegen artschädliche Zeugung, gegen die immer schlimmere Belastung des Erbstromes mit Erbkrankheiten erlassen werden. Gerade auf diesem Gebiet werden Rechtswahrer, Chirurg und Eugeniker in immer stärkere Kampfgemeinschaft zu treten haben.

Aus der Blutgemeinschaft wächst das *geistige, seelische und gemütmäßige Gesamterbgut* des Volkes. Es ist anzunehmen, daß die Gestaltungskraft des nationalsozialistischen Strafgesetzgebers auch dieses feine, unwägbare, aber höchst wichtige Rechtsgut unter sicheren, klaren Strafrechtsschutz bringen wird. Erörtert werden weitgehende Schutzvorschriften für die religiöse Grundüberzeugung überhaupt (Gottlosenabwehr) aber auch für die staatlich anerkannten Konfessionseinrichtungen, ein Strafschutz der Toten und der Totenverehrung, und Normen zum Schutz des deutschen Geschichtsgutes auf politischem, militärischem und geistigem Gebiet. Dem entspricht der Vorschlag, einen scharfen Strafschutz für deutsche Kunstwerke und vorgeschichtliche Werke einzuführen. Fast übereinstimmend wird in irgendeiner Form der Schutz der völkischen Sittenauffassung gegen jegliche Form der Zersetzung verlangt. Hier zeigt sich besonders deutlich, wie von der neuen Weltanschauung her neue Wertmaßstäbe in die Rechtsbegriffe einströmen. Nicht mehr das Verlegenheitsrechtsgut der formalen Sittlichkeit dürfte künftig der Gegenstand einer Art von Geschmacksschutz sein. Vielmehr dürften sehr klare Pflichtgebote der völkischen Ethik für schutzwert erklärt werden. Die freie Gattenwahl soll nur durch höhere Rücksichten auf die Gemeinschaft beschränkt werden. Unsittlich ist daher jeder eigennützige Zwang auf geschlechtlichem Gebiete. Sicherlich werden schwere Strafen dem angedroht werden, der unter dem Druck von Gewalt, Willenlosigkeit oder Drohung, unter dem Mißbrauch amtlicher oder sozialer Abhängigkeit oder unter Ausnutzung irgendeines Fürsorge-, Pflege- und Vertrauensverhältnisses den Beischlaf oder sonstige geschlechtliche Genüsse erzwingt. Umgekehrt wird der natürliche Wille des Volkes zur Fruchtbarkeit und zur völkischen Selbstbehauptung gegen böswillige Lähmung und Zersetzung zu schützen sein. In dieser Richtung werden auch verschärfte Vorschriften gegen Schund- und Schmutzschriften vorgeschlagen, insbesondere ein erhöhter Schutz Jugendlicher.

Lehrreich für die neue Auffassung scheint mir der Wandel, den der Tatbestand des „öffentlichen Ärgernisses“ nimmt, obwohl diese Wandlung wohl noch nicht der Sache auf den Grund geht. Auszuscheiden ist

der bisher leidigerweise verlangte „Erfolg“, das oft erwähnte pflichtgemäße Ärgernis. Es wird dann auch die Umgestaltung zu einem reinen *Gefährdungstatbestand* vorgeschlagen. Darüber hinaus wäre die Umbildung zu einer ausgesprochenen Schutznorm für die geschlechtliche Sauberkeit der deutschen Öffentlichkeit, das gesunde Schamgefühl und zur Sicherstellung einer sauberen, geraden Entwicklung der Jugend wünschenswert.

Der gesunde Erbgang verlangt ferner die Bekämpfung oder sichere Eindämmung aller Formen geschlechtlicher Abirrung und aller geschlechtlichen Surrogate. Mit besonderer Schärfe wird dabei die Gefährdung und Verführung sauber und gesund gerichteter Volksteile niederzuhalten sein. Aus den langsam abbröckelnden Verlegenheitsnormen des liberalen und des Zwischenstaates gegen widernatürliche Unzucht, Kuppelei, Zuhälterei und gewerbsmäßige Unzucht dürften vernünftige, nicht spießige oder in den entscheidenden Punkten harte Normen werden.

Eine andere Besinnung auf den sittlichen Strafgrund zeigt der Vorschlag, das Tier- und Pflanzenleben nicht mehr unter Sachenschutz zu stellen; vielmehr soll die Achtung vor dem Leben und der Schönheit auch in dieser Form und die Liebe zum Haustier und zum Tier in freier Natur eine Angelegenheit des völkischen Gefühlslebens sein. Die rohe Tierquälerei und Gefährdung des Tierlebens wird dann als Verletzung des völkischen Gefühlslebens hart bestraft werden.

Neuen Wert gewinnen als Rechtsgut des Volkstums der *Volksboden* und *gleichwertiges sachgebundenes Volkserbgut*. Neben einem allgemeinen Verbot der gewissenlosen Gefährdung von Volksvermögen und den bisherigen Vorschriften gegen Brandstiftung und Überschwemmung ist die Sicherung staatlicher Naturschutz- (Bann-)gebiete und Gewinnungsprivilegien (Regale) geboten. Naturdenkmäler und Landschaften sollen gegen Verunstaltung, der Siedlungsboden gegen Spekulation und frivole Mißwirtschaft gesichert werden.

Im Mittelpunkt der Erörterungen steht der Schutz der *nationalen Arbeitskraft* als eines der hervorragendsten völkischen Rechtsgüter. Das Recht auf Arbeit und die sittliche Arbeitspflicht werden sicherlich einen nachdrücklichen Strafschutz erhalten. Das Ansehen der Gesamtwirtschaft (wirtschaftliche Greuelhetze), die Verkehrssicherheit (Betriebsmittel-Sabotage, Ausspähung) werden zu schützen sein, unerlaubte Stilllegungen und Arbeitsverweigerungen, Bettel- und Landstreicherei aber auch die unerlaubte Heranziehung von fremdvölkischen Arbeitskräften werden unter dem neuen Rechtsgedanken harte Sühne finden.

Die neue Auffassung des *Staates* hat zu interessanten Vorschlägen geführt, von denen eine ganze Reihe als neue Rechtsgedanken bleiben dürften. Als *Staatsverrat* will man die Bestandsgefährdung und die Ge-

fährdung des Rechtsfriedens im Zusammengehen mit dem äußeren oder inneren Feind strafen (Hoch- und Landesverrat, Ausspähung, Greuelhetze); als *Volksverrat* die Gefährdung der inneren Freiheit (Parteienbildung, Klassenkampf, Konfessionshaß, Kanzelmißbrauch und die große Zahl der verschiedenartigen Angriffe auf den Landfrieden, die Staatszucht und die Rechtspflege). Dieser Rechtsbegriff ist verwandt mit dem ebenfalls in Vorschlag gebrachten *Führerverrat*. Die Treue zum höchsten Führer und zur Staatsführung ist ohne Zweifel ein auch strafrechtlich höchst schutzwertes Rechtsgut. Als Verletzungen dieser Treupflicht könnten neben Hochverrat alle übrigen Angriffe auf Person und Wirken des obersten Führers und der höchsten Reichsorgane in schwere Verbrechenstatbestände gefaßt werden. Dem Führerverrat entspricht die *Amts- und Führerpflichtverletzung*.

Schutzwert tritt neben den Staat die staatstragende *Bewegung*, die Pflegerin und Hüterin der neuen Weltanschauung. Soweit die Errungenschaften der Bewegung Geschichte und damit Volkserbgut sind, fallen sie unter den Schutz des Volkserbguts. Die innere Zucht der Organisation ist im Selbstverwaltungswege geregelt. Die neuen Bestimmungen zum Sonderschutz von Leib und Leben der Mitglieder, der Tracht, der Sinnbilder und der Abzeichen werden in das neue Strafgesetzbuch einzugliedern sein.

Ein Grundrechtsgut ist die *Familie* im weitesten Sinne auf der Grundlage der *Einehe* und die gesunde *Kindschaft*. Ein Blick in die Entwicklung von Gesetz und Rechtsprechung des Zwischenreiches zeigt, daß hier nahezu noch alles zu leisten ist. Selbst für die bruchstückartige liberale Teilregelung war das Bewußtsein der Notwendigkeit und Schutzwürdigkeit im Volk so gut wie zusammengebrochen. Dem soll die schwere Bestrafung der niederziehenden Schmähung von *Verlöbnis*, *Ehe* und *Mutterschaft* als völkischer Einrichtungen ein rasches Ende bereiten. Der *Treubruch* bei und nach Eingehung der Ehe (Eheschwindel, Ehebruch, Ehebruch und gleichschwere Treubrüche) wird wegen seiner völkischen Gefahren harten Staatsstrafen unterliegen, sofern er die Ehe zerbricht. Ebenso wie die Vernichtung der eigenen und fremder Wehr- und Arbeitskraft wird die völkisch unberechtigte und daher eigensüchtige *Zerstörung* der eigenen und fremden *Zeugungsfähigkeit* mit schwerer schimpflicher Strafe zu belegen sein.

Die Tatbestände der *Kindestötung* und der *Abtreibung* schienen in öffentlicher und wissenschaftlicher Behandlung, in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Gnadenpraxis dem Zusammenbruch verfallen. Die neue Wertung führt dazu, den Grundsatz aufzustellen, daß verkörpertes und in der Verkörperung befindliches Leben und Erbgut niemals materiellen Interessen und Belangen weichen darf. Nach diesem Maßstabe wird die frivole Zerstörung mit schweren Strafen zu bedrohen

sein. Ob die Kindestötung durch die *eheliche* Mutter entsprechend dem Vorschlage eines vorrevolutionären Entwurfs als Tötung oder milder zu bestrafen ist, wird davon abhängen, ob die Heilkunde der ehelichen Mutter ähnlich starke Milderungsgründe zubilligen kann, wie der unehelichen.

Die gesunde sittliche Entwicklung des heranwachsenden Kindes verlangt Schutz. Zu erwägen ist, ob nicht die Unzucht mit Minderjährigen bis zu *16 Jahren* strafbar werden soll. Sicherlich wird die Unzucht *vor* (nicht nur *an*) Minderjährigen strafbar werden müssen. Schwere Verletzungen der Erzieherstreupflichten, Verletzungen der Unterhaltungspflichten und Kindesmißhandlung werden durch schwere Vergehensnormen zu bekämpfen sein. Als Rechtsschutzgut des *Blutschandeverbots* ist früher allen Ernstes der „gute Geschmack“ bezeichnet worden. Ohne Zweifel werden die wirklichen Rechtsgüter (Schutz des Erbgesetzes und der Familienehre) zu einer eindeutigen Verurteilung geschlechtlicher Beziehungen zwischen Verwandten auf- und absteigender Linie und Geschwistern führen.

Neu ist wohl im Deutschen Recht der Gedanke, die *lebensnotwendige Scholle und fahrende Habe* der Familie auch unter Strafschutz gegen leichtfertige Veräußerung zu stellen.

Die *Einzelperson* ist nicht mehr wie im liberalen Strafrechtsdenken als solche Gegenstand des Strafschutzes. Eine Reihe bekannter Tatbestände werden damit in den Bereich des Gemeinschaftsschutzes erhoben, so als Verstöße gegen Treu und Glauben und den redlichen deutschen Verkehr die Untreue, der Betrug, die Erpressung, die Hehlerei und die Urkundenfälschung. Verletzungen von Einzelrechtsgütern werden unter dem großen Gesichtspunkt der Treupflichtverletzung von Volksgenossen untereinander überprüft und neu auf ihre Strafwürdigkeit untersucht werden müssen. Die Herrschaft über die eigene Sache wird auch strafrechtliche Grenzen haben (Zerstörung volkswichtigen Gutes, volksfeindliche Verwendung von Eigentum).

Über allem wird als Ausfluß des Treuegrundsatzes ein „Liebesparagraph“ völkischer Art festzulegen sein. Der Vorschlag der Preussischen Denkschrift lautet:

„Wer bei gemeiner Gefahr oder Not oder Unglücksfällen seinem bedrohten Volksgenossen keine Hilfe leistet, obgleich eine rechtliche oder sittliche Pflicht hierzu besteht und die Hilfeleistung auch ohne erhebliche eigene Lebensgefahr erfolgen kann, macht sich der Verletzung der Pflicht zur Hilfeleistung schuldig.

Wer den Notfall durch eigene Schuld herbeigeführt hat, ist zur Hilfeleistung auch bei eigener Lebensgefahr verpflichtet.“

Zu erwarten ist schließlich eine Lockerung des Grundsatzes, daß gefährdende, meist fahrlässige Handlungen auf einen bestimmten Erfolg bezogen sein müssen, um strafbar zu sein. Ich glaube, daß der Grundsatz der Preussischen Denkschrift

„Wer es, abgesehen von den besonders unter Strafe gestellten Fällen unternimmt, gewissenlos eine unmittelbare Gefahr für Menschenleben herbeizuführen, macht sich der Lebensgefährdung schuldig.

Ist die Tat leichtfertig begangen, so tritt ebenfalls Bestrafung ein.“

in irgendeiner Fassung allgemeiner Grundsatz des Strafrechts werden wird.

*Doppelspurig* dürften nach den bereits ergangenen Gesetzen die Kampfmittel gegen die künftigen Rechtsgüterverletzungen werden.

An *Strafmitteln* werden in den Reformvorschlägen genannt: die Todesstrafe, Zuchthaus-, Gefängnis- und Festungshaft mit Fasten-, Kerker-, Züchtigungs- und ähnlichen Verschärfungen, Geldstrafe und Vermögensbeschlagnahme, Entziehung des Staatsbürgerrechts, Ächtung, öffentliche Anprangerung in Wort und Bild, Amts- und Wahlrechtsverlust.

An *Sicherungsmaßnahmen* werden in Vorschlag gebracht: Sicherungsverwahrung, Entmannung, Untersagung der Berufsausübung, Unterbringung in Heil-, Pflege- und Erziehungsanstalten, Arbeitshaus, Zwangserziehung, Reichsverweisung, Schutzaufsicht. Vielleicht wäre noch ein Verbot zum Verlassen des Inlandes oder zum Aufenthalt und Ansiedlung in bestimmten Gebieten (Grenz-, Festungsgebiet) zu erwägen.

Davon sind die meisten bereits eingeführt.

Die Strafprozeßreform wird dieser Verbesserung des sachlichen Rechts neue Kampfmittel förmlicher Art hinzufügen. Gefordert wird ein Ausbau der Tätigkeit der Staatsanwaltschaft, die stärker als bisher Herrin des Ermittlungsverfahrens bis zur Spruchreife werden soll. Man will die richterliche Voruntersuchung in Wegfall bringen und der Staatsanwaltschaft sogar den Erlaß des Haftbefehls und sonstige richterliche Maßnahmen anvertrauen. In einer Neuordnung will man auch das Verhältnis der Staatsanwaltschaft zu ihren Hilfsbehörden regeln. Es bedarf nur eines Hinweises auf die gewaltige Erhöhung der Schlagkraft z. B. der Kriminalpolizei (Neueinteilung, Bekämpfung des Berufsverbrechertums). Es ist zu hoffen, daß sich eine festgefügte Kameradschaft gerade zwischen Rechtsstand und Verwaltung einerseits und Lehrstand und Heilkunde andererseits bilden wird, um den Ring zu schließen.

Ein kurzer Schlußrundblick mag an das bisher Geleistete erinnern.

Das Gesetz zum Schutz von Volk und Staat, die Verordnung zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung, das Gesetz zur Abwehr politischer Gewalttaten, das Gesetz gegen die Neubildung von Parteien, das Schriftleitergesetz und das Gesetz zur Gewährleistung des Rechtsfriedens haben die Reichs- und Staatsführung, die Träger, Abzeichen und Symbole von Staat und

Bewegung, die Amtsträger der Bewegung und die Wehrmacht unter strengen Schutz gestellt, Sabotage, Aufruhr und Greuelhetze abgebunden und der inneren Vergiftung und Zersplitterung Einhalt geboten. Das Tierschutzgesetz hat mit dem ritterlichen Schutz von Gemütswerten begonnen und das Änderungsgesetz vom 24.IV.1934 eine energische (auch prozessuale) Zwischenregelung auf dem Gebiete des Volksverrates geschaffen.

Das Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung hat in unlöslichem Zusammenhang mit dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses mit der angreifenden Sicherung gegen Asoziale und zugleich den Kampf gegen das Gewohnheitsverbrechertum begonnen. Im letzteren Punkte wird es ergänzt durch ähnliche Maßnahmen, z. B. des Ministers des Innern (Erlaß vom 10. II. 1934).

---